

Israels Zivilgesellschaft braucht Unterstützung

Jüdinnen und Juden, denen Israel am Herzen liegt, unterstützen die Israelis im Protest für die Demokratie.

Gemeinsam mit anderen progressiven jüdischen Organisationen in UK, USA und Deutschland haben wir vom New Israel Fund Schweiz die Kampagne Choose Democracy lanciert. Uns alle verbindet die Liebe zu und Sorge für Israel.

Wir möchten, dass Israel als Heimatland für jüdische Menschen und als demokratischer Staat gedeiht, der «all seinen Einwohnern absolute Gleichheit in sozialen und politischen Rechten zusichert», wie es in Israels Unabhängigkeitserklärung heisst.

Unsere Gemeinschaft sieht sich oft herausgefordert, Israel gegen Angriffe von aussen zu verteidigen. Aber nun kommt die Bedrohung, mehr als jemals zuvor, von innen.

Wir können nicht schweigen, wenn Israels neue Regierung versucht, das Fundament der Demokratie zu untergraben.

Wir haben die Wahl.

Entweder wir schweigen oder wir solidarisieren uns mit denen, die in ganz Israel für die Demokratie kämpfen.



Ihre Unterstützung zählt:

Unterstützen Sie die Kampagne Choose Democracy, indem Sie den Aufruf über das Formular unterzeichnen (QR-Code fotografieren):

Über die Kampagne:

CHOOSE בחרים
DEMOCRACY בדמוקרטיה

Choose Democracy ist eine Kampagne, die Tausende von jüdischen Menschen in der ganzen Welt in Solidarität mit den Israelis mobilisieren soll, die für die demokratische Zukunft Israels kämpfen. Sie wird vom New Israel Fund unterstützt.

Die Kampagne wurde in Grossbritannien gegründet. Mehr Informationen:

<https://choosedemocracy.org.uk/> ●



Protestierende in Jerusalem tragen ein Transparent mit der Unabhängigkeitserklärung von 1948 (20. Februar 2023).

Debatte Was auf dem Spiel steht

Die israelische Regierung versucht mit der sogenannten Justizreform und weiteren Aktionen gezielt und konkret:

- die Rechtsstaatlichkeit zu untergraben und Menschenrechte zu beschneiden
- die Pressefreiheit einzuschränken
- den gesetzlichen Schutz für Minderheiten wie LGBTQ+-Personen, migrantische Arbeitskräfte und Asylbewerberinnen und Asylbewerber aufzuheben
- zu behaupten, das jüdische Volk habe das alleinige Recht auf das gesamte Land Israel

- die Realisierbarkeit einer zukünftigen Zweistaatenlösung zu verhindern
- den Rechtsstatus von nicht orthodoxen Übertritten aufzuheben, was bedeutet, dass diese Übertritte nicht mehr zur Erlangung der israelischen Staatsbürgerschaft verwendet werden können
- denjenigen, die ein jüdisches Grosseelternteil haben, aber nicht «halachisch jüdisch» sind, eine Zuflucht in Israel zu verweigern
- Religionsfreiheit und Pluralismus auszuhöhlen
- die Rolle der Frauen im öffentlichen Leben einzuschränken.

Zielgerichtete Soforthilfe

Der New Israel Fund kämpft an vorderster Front für die Zivilbevölkerung und die Demokratie.

Der New Israel Fund (NIF) spielt eine zentrale Rolle in der Protestbewegung und darüber hinaus, da wir den neu geschaffenen Rapid Response Pool nutzen, um eine Reihe von prodemokratischen Strategien zu finanzieren, die von verschiedenen Akteuren vor Ort umgesetzt werden. Der NIF konzentriert sich zudem auf die Ausweitung der Bewegung in die soziale und geografische Peripherie sowie auf die Entwicklung und Bereitstellung von Hilfsmitteln für Demonstrantinnen und für die Zivilgesellschaft.

Um die Opposition zu stärken und den Medien auch ehemalige Likud-Abgeordnete zu präsentieren, die sich gegen die Justizreform aussprechen, bringen wir ehemalige Abgeordnete vom gesamten politischen Spektrum zu den Sitzungen der Knessetausschüsse. Wir setzten uns dafür ein, in der Protestbewegung Raum für alle Stimmen zu schaffen, und arbeiten daran, die Reichweite der Pro-Demokratie-Proteste über das soziale und geografische Zentrum hinaus auszuweiten. Im Bereich der digitalen Organisation stellen wir Fachwissen für die prodemokratische Bewegung bereit, einschliesslich einer Kampagne gegen die Pläne zur Schliessung des israelischen öffentlich-rechtlichen Senders. Auf öffentlichen Druck wurde diese Schliessung für den Moment gestoppt.

Dazu gewährte der NIF eine Reihe von Soforthilfeszuschüssen zur Unterstützung der prodemokratischen Arbeit in Notfällen: Zur Ausweitung der logistischen Unterstützung für kleine Protestgruppen, zur Finanzierung eines «Hackathons» zur Entwicklung von sieben kreativen Projekten über die antidemokratische Politik der Regierung und zur Unterstützung des «Wake Up!»-Frauenprotestes, der gemeinsam von 18 Frauenorganisationen veranstaltet wurde. Wir sensibilisieren für die Bedrohung der Rechte der Frauen durch die von der Regierung vorgeschlagene Gesetzgebung.

Mit Experteninhalten, die wir bereitstellen, machen wir auf die Bedrohung aufmerksam, die die neue Regierung für marginalisierte Gemeinschaften darstellt. Darüber hinaus bekämpfen wir Desinformation, wie z. B. neulich mit der Aufdeckung einer Kampagne auf Twitter, die darauf abzielte, regierungskritische Demonstranten zu Gewalt anzustacheln.

Eine weitere wichtige Arbeit stellt der Schutz der Protestfreiheit dar. Diese fördern wir mit Widerstand gegen die Politisierung der Polizei,



Bild der protestierenden Menge bei der Knesset in Jerusalem am 20. Februar.

durch Anfechten von neuen Gesetzen vor Gericht und mit der Bereitstellung von Ressourcen für Demonstrantinnen (Leitfaden für Protestrechte in Verbindung mit zunehmender Polizeigewalt).

Beispiele der jüngsten Arbeiten

Der Beratungsausschuss des NIF, Shatil, unterstützt weiterhin den Kampf für demokratische Bildung. Letzte Woche führten Shatil, die Association for Civil Rights in Israel, das Human Rights Directors Forum und die Bewegung «Not in Our Schools» eine Woche der Demokratie durch – Unterrichtspläne zum Thema Demokratie in Schulen im ganzen Land wurden verteilt.

Am 1. März begann der von der Protestbewegung ausgerufene «Tag der Störung» mit Protesten von Eltern und Schülern vor Bildungseinrichtungen. Diese Aktionen erfolgten nach der abrupten Entlassung des Lehrers Amir Kliger, nachdem er mit seinen Schülerinnen und Schülern über die Justizreform und ihre Konsequenzen diskutiert hatte. Shatil und unsere Partner organisierten Demonstrationen, eine Briefkampagne und öffentliche Fürsprache. Der Lehrer wurde mittlerweile wieder eingestellt.

Am 2. März veranstaltete Shatil Haifa eine Konferenz für die arabische Zivilgesellschaft, bei der 35 Geschäftsführerinnen und Vertreter verschiedener Organisationen zusammenkamen, um sich über das Kohelet-Forum zu informieren, die Justizreform zu diskutieren, die Gesetzesvorschläge der Regierung zu prüfen und Strategien für die Rolle der Zivilgesellschaft angesichts dieser Herausforderungen zu entwickeln.

Ende Februar veranstaltete der NIF gemeinsam mit der Tageszeitung «Haaretz» und der Organisa-

tion Zulat eine Dringlichkeitskonferenz mit 600 Teilnehmenden über den Kampf für Demokratie und gegen die rechtsextreme Justizreform. Reden hielten unter anderem die neue NIF-Präsidentin Rachel Liel, der Oppositionsführer Yair Lapid, der ehemalige Justizminister Gideon Saar, der ehemalige oberste Richter Hanan Meltzer, der ehemalige Premierminister Ehud Barak sowie eine Reihe von Geschäftsleuten, Medienschaffenden und Künstlerinnen. ●

NIF Information

Unterstützen auch Sie die Arbeit des New Israel Fund für Demokratie, Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit in Israel!

Kontakt:

New Israel Fund, Eichenstrasse 31, 4054 Basel
info@nif.ch, www.nif.ch

Spenden an den NIF sind in zahlreichen Kantonen steuerabzugsberechtigt.

